Feldkirch, 15. Juni 2026

Gemeinsame schriftliche Anfrage

der Fraktionen SPÖ Feldkirch, Die Grünen – Feldkirch blüht und NEOS Feldkirch

Einreichdatum: 15. Juni 2026

An: Bürgermeister der Stadt Feldkirch

Anfrage betreffend: Bodenaushubdeponie im Tisner Ried (Tisis/Tosters) – Verfahrensstand, Rolle der Stadt und öffentliche Kommunikation vor der Gemeindevertretungswahl 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

am 11. März 2025 – fünf Tage vor der Gemeindevertretungswahl vom 16. März 2025 – hat die Stadt Feldkirch in einer Medienaussendung ein „klares Nein zur Aushubdeponie im Tisner Ried" erklärt und noch am selben Tag verkündet, das Vorhaben werde „nicht umgesetzt". Der Grundeigentümer werde seinen Antrag zurückziehen und auf den beabsichtigten Betreiber einwirken, dasselbe zu tun. Sie selbst wurden mit den Worten zitiert, es sei „äußerst erfreulich, dass dieses Vorhaben nicht weiterverfolgt wird".

Medienberichten vom 23. Mai 2026 zufolge wurde das Bewilligungsverfahren bei der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch jedoch zu keinem Zeitpunkt beendet. Bezirkshauptmann Herbert Burtscher bestätigte gegenüber der NEUE, das Verfahren sei bereits abgeschlossen, „der Bescheid ergeht in Kürze". Demselben Bericht zufolge waren einzelne Abteilungen im Rathaus, darunter das Bauamt, zumindest seit Anfang Mai 2026 offiziell in das aktualisierte Verfahren eingebunden, und die Stadt hat darin eine Stellungnahme abgegeben – während Vizebürgermeisterin, Umweltstadtrat, der Ortsvorsteher von Tosters und die Stadtvertretung nach eigenen Angaben nichts davon wussten. Sie selbst erklärten am 28. Mai 2026, man sei „von einer Beendigung des Verfahrens ausgegangen".

Damit steht der Verdacht im Raum, dass die Bevölkerung unmittelbar vor einer Wahl über einen Projektstopp informiert wurde, der tatsächlich nie rechtswirksam erfolgt ist – und dass die Stadt es in den darauffolgenden vierzehn Monaten unterlassen hat, den Verfahrensstand auch nur zu überprüfen, obwohl sie öffentlich angekündigt hatte, „sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel" gegen das Projekt zu prüfen.

Die Stadtvertretung ist nach den Grundsätzen des Vorarlberger Gemeinderechts das zentrale Organ der demokratischen Willensbildung und Kontrolle. Die Anrainerinnen und Anrainer in Tisis und Tosters, die mehr als 1.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der laufenden Petition sowie die gesamte Öffentlichkeit haben Anspruch auf eine vollständige und wahrheitsgemäße Darstellung der Abläufe. Dass diese Anfrage von drei Fraktionen quer durch das politische Spektrum gemeinsam getragen wird, unterstreicht das Gewicht der offenen Fragen. Vor diesem Hintergrund ersuchen die unterfertigten Fraktionen der SPÖ Feldkirch, von Die Grünen – Feldkirch blüht und NEOS Feldkirch gemeinsam um Beantwortung der folgenden Fragen.

Tatsachengrundlage der Erfolgsmeldung vom 11. März 2025

Am 11. März wurde öffentlich verkündet, das Vorhaben werde nicht umgesetzt.

Frage 1: Lag der Stadt Feldkirch am 11. März 2025 eine schriftliche, rechtsverbindliche Erklärung des Grundeigentümers oder des Projektwerbers über die Zurückziehung des Antrags vor? Falls ja, ersuchen wir um deren Vorlage; falls nein, ist darzulegen, auf welcher Tatsachengrundlage die öffentliche Erfolgsmeldung dann überhaupt erfolgte.

Frage 2: Wurde vor der Veröffentlichung der Medienaussendung bei der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch verifiziert, ob der Antrag tatsächlich zurückgezogen war, und falls nicht, warum unterblieb dies?

Frage 3: Wie und von wem wurde der Text und der Veröffentlichungszeitpunkt der Aussendung festgelegt und welche Rolle spielte der Termin der Gemeindevertretungswahl am 16. März 2025 für den Zeitpunkt dieser Kommunikation?

Inhalt der Vereinbarung mit dem Grundeigentümer 2025

Im März 2025 fand ein Gespräch zwischen Ihnen, Stadtrat Benedikt König, Stadtamtsdirektor Christian Müller und dem Grundeigentümer statt.

Frage 4: Was wurde dabei genau vereinbart?

Frage 5: Existiert davon ein Gesprächsprotokoll oder eine schriftliche Vereinbarung?

Frage 6: Wurden dem Grundeigentümer im Gegenzug Zusagen gemacht, insbesondere hinsichtlich des Weiterbestands der Pachtverträge über städtische Grundstücke?

Frage 7: Wurde die angekündigte Zurückziehung des Antrags jemals tatsächlich vollzogen – falls nein, wann hat die Stadt davon Kenntnis erlangt und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?

Kenntnisstand der Stadt und interne Informationspolitik

Von zentralem Interesse ist, wie die Stadt Feldkirch zwischen dem 11. März 2025 und Mai 2026 über den Verlauf des Verfahrens informiert war.

Frage 8: Wann und auf welchem Weg hat die Stadt Feldkirch Kenntnis davon erlangt, dass das Verfahren weitergeführt wird? Warum wurden weder die Stadtvertretung noch der Umweltstadtrat noch die Öffentlichkeit informiert?

Frage 9: Wann hat die Stadt ihre Stellungnahme zum aktualisierten Projekt abgegeben und wer hat diese verfasst?

Frage 10: Was ist der Inhalt dieser Stellungnahme? Wurde sich in der Stellungnahme gegen das Projekt ausgesprochen? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?

Frage 11: Mit welchen politischen VertreterInnen (Bürgermeister und StadträtInnen) wurde die Stellungnahme abgestimmt? Zu welchem Zeitpunkt fand die Abstimmung jeweils statt? Warum wurde die Abstimmung mit Umweltstadtrat Rauch unterlassen?

Tätigkeit der Stadt Feldkirch

Es gibt widersprüchliche Aussagen dazu, was die Stadt Feldkirch in der Sache wusste. Im Interview mit Jörg Stadler vom 28. Mai erklären Sie, Sie seien „von einer Beendigung des Verfahrens“ ausgegangen, im Feldkircher Anzeiger schreiben Sie, die Stadt habe sich „im vergangenen Jahr intensiv dafür eingesetzt, das Projekt zu stoppen oder zumindest in seinem Ausmaß massiv zu reduzieren".

Frage 12: Was hat die Stadt Feldkirch zwischen 11. März 2025 und heute konkret unternommen, um das Projekt zu stoppen oder in seinem Ausmaß zu reduzieren? Wann wurden diese Schritte unternommen?

Frage 13: Welche schriftlichen und telefonischen Kontakte gab es zwischen 11. März 2025 und heute zwischen der Stadt und dem Projektbetreiber sowie der Stadt und der Bezirkshauptmannschaft zu diesem Projekt?

Frage 14: Worauf begründet sich die Aussage, dass Sie, Herr Bürgermeister, von einer Beendigung des Verfahrens ausgegangen sind?

Information und weiteres Vorgehen

Am 11. Juni wurde die Öffentlichkeit informiert, dass sich eine „Einvernehmliche Lösung“ abzeichne.

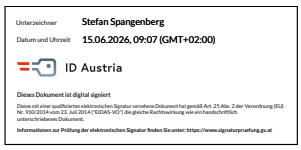
Frage 15: Ist diese Vereinbarung bereits fertig verhandelt? Wenn ja, wie lautet die Lösung? Wenn nein: Ist in der angestrebten Vereinbarung ein gänzlicher Verzicht auf die genehmigte Deponie gesichert?

Frage 16: Wie erfolgt die Information der Öffentlichkeit und der Stadtvertretung über den weiteren Verlauf der Gespräche und einer erzielten Lösung?

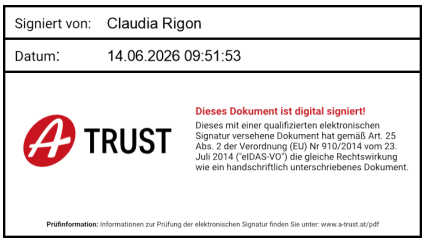
Wir ersuchen um schriftliche Beantwortung dieser Anfrage bis zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung.

Für die Fraktionen der SPÖ Feldkirch, von Die Grünen – Feldkirch blüht und NEOS Feldkirch

SPÖ Feldkirch



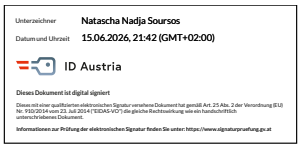
STV Stefan Spangenberg



STV Claudia Rigon

Die Grünen – Feldkirch blüht



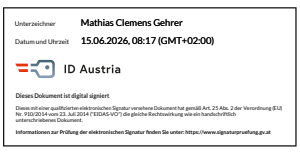


STR Natascha Soursos

NEOS Feldkirch



STR Fabienne Lackner



STV Mathias Gehrer

Quellen

Die in dieser Anfrage angeführten Tatsachen und Zitate stützen sich auf folgende öffentlich zugängliche Quellen:

[1] Stadt Feldkirch, Medienaussendung „Klares Nein zur Aushubdeponie im Tisner Ried", 11. März 2025 (Kommunikation, Dr. Andrea Bachmann). Zitate: „sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel"; „Jedes zusätzliche Fahrzeug in diesem Bereich ist eines zu viel!"; Kündigung der Pachtverträge „in Erwägung gezogen"; Prüfung von Verkehrsbeschränkungen; Vorlage an die „zuständigen politischen Gremien zur Beschlussfassung"; „das Projekt zu verhindern und das Ried in seiner jetzigen Form zu bewahren".

[2] Stadt Feldkirch, Meldung „Aushubdeponie im Tisner Ried wird nicht umgesetzt", 11. März 2025. Zitat: „äußerst erfreulich, dass dieses Vorhaben nicht weiterverfolgt wird"; Gesprächsteilnehmer Bürgermeister Manfred Rädler, Stadtrat Benedikt König, Stadtamtsdirektor Christian Müller und der Grundeigentümer; angekündigte Zurückziehung des Antrags.

[3] ORF Vorarlberg, „Deponiepläne in Feldkirch gestoppt", 12. März 2025 (vorarlberg.orf.at/stories/3296716).

[4] VOL.AT, „Deponieprojekt im Tisner Ried sorgt für Aufregung", 28. Februar 2025.

[5] VOL.AT, „Deponiepläne nach viel Kritik zurückgezogen – Projektwerber: ‚An geltendem Recht vorbei argumentiert'", 11. März 2025.

[6] Die Grünen Feldkirch, „Keine Deponie im Tostner Ried!", 7. März 2025 (Stadtrat Clemens Rauch); Eckdaten 43.100 m³, zehn Jahre Laufzeit, bis zu 60 Fuhren täglich.

[7] openPetition, „Keine Deponie im Naherholungsgebiet Egelsee!", Zeichnungszeitraum 7. März bis 6. September 2025, 869 Unterschriften (Status: erfolgreich abgeschlossen).

[8] openPetition, „Hände weg vom Egelsee! STOPP die Aushubdeponie in Tisis/Tosters!", laufend, mehr als 1.000 Unterschriften (Stand 11. Juni 2026).

[9] NEUE Vorarlberger Tageszeitung / VOL.AT, „‚Bevölkerung wurde im Wahlkampf getäuscht': Deponie-Comeback im Tisner Ried", 23. Mai 2026 (Jörg Stadler). Bestätigung Bezirkshauptmann Herbert Burtscher („der Bescheid ergeht in Kürze"); Einbindung des Bauamts seit Anfang Mai 2026; fehlende Kenntnis von Vizebürgermeisterin, Umweltstadtrat und Ortsvorsteher Tosters; Auflagen (max. 23 Fuhren/46 Fahrten pro Werktag, Jahreshöchstmenge in rund 20 Tagen, Forstweg-Zufahrt, mobile Schallschutzwände, ~28.000 m²); Projektwerber Wilhelm Hager (Hager Bau GmbH, Schoppernau); Anrainer Jürgen Müller; Grundeigentümer auf der Liste der FPÖ Feldkirch.

[10] VOL.AT, „Bürgermeister zu Aushubdeponieplänen in Feldkirch: ‚Sind von Beendigung des Verfahrens ausgegangen'", 28. Mai 2026 (Jörg Stadler).

[11] VOL.AT, „Tisner Ried: Streit um geplante Bodenaushubdeponie flammt erneut auf", 3. Juni 2026.

[12] Feldkircher Anzeiger, Information „Fakten zur Aushubdeponie" von Bürgermeister Manfred Rädler, Ausgabe vom 11. Juni 2026, samt Ankündigung des Informationsabends am 16. Juni 2026 in der Volksschule Tosters. Zitate: „intensiv dafür eingesetzt, das Projekt zu stoppen oder zumindest in seinem Ausmaß massiv zu reduzieren"; „Die täglichen Fahrten sind auf maximal 23 beschränkt, wobei die Gesamtzahl pro Jahr 500 Fahrten nicht überschreiten darf"; „im Durchschnitt an nur zwei bis drei Tagen pro Monat"; Fahrverbot vor 8 und nach 17 Uhr „in Abstimmung mit dem Projektbetreiber".

[13] Stadt Feldkirch, Meldung „Einvernehmliche Lösung für Bodenaushubdeponie im Ried zeichnet sich ab", 11. Juni 2026. Zitate: „Obwohl bereits ein rechtskräftiger Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch vorliegt und die Handlungsmöglichkeiten der Stadt in diesem Verfahren rechtlich begrenzt sind …"; „Dabei werden alternative Möglichkeiten sowie potenzielle Standorte außerhalb des Rieds geprüft."; „Vor dem Hintergrund dieser positiven Entwicklung wird die ursprünglich für den 16. Juni 2026 geplante Informationsveranstaltung nicht stattfinden."; Bürgermeister Rädler: „… setze ich mich für eine Lösung im Interesse von Bevölkerung, Natur und Naherholung ein. Herr Hager hat auf die dargelegten Bedenken mit Verständnis reagiert. Ich bin deshalb überzeugt, dass wir eine gute Lösung finden werden."